

Anfrage**über das Schreiben des Regierungsrates an Bundespräsidentin Sommaruga zur Asyl- und Flüchtlingspolitik und insbesondere zur Praxis von Asylgesuchen aus Eritrea**

eröffnet am 14. September 2015

Der Regierungsrat des Kantons Luzern, vertreten durch den Gesundheits- und Sozialdirektor Guido Graf, hat mit dem Schreiben vom 4. August 2015 an Bundespräsidentin Simonetta Sommaruga auf zwei Anliegen in der Asyl- und Flüchtlingspolitik hingewiesen. Zum einen kritisierte die Luzerner Regierung die Praxis bei den Asylgesuchen aus Eritrea, und zum andern deponierte sie eine Forderung zu unbegleiteten minderjährigen Asylsuchenden (UMA).

Dieses Schreiben, sowie ein ähnliches Schreiben des Regierungsrates des Kantons Schwyz, hat in der Folge ein grosses mediales Echo ausgelöst und verschiedenste Reaktionen provoziert. Der Luzerner Regierung und insbesondere Regierungsrat Guido Graf wurde zum Teil vorgeworfen, Behauptungen ohne Faktenkenntnis in den Raum gestellt zu haben. Der Brief der Luzerner Regierung nach Bern hat demgegenüber nachweislich sehr vielen Bürgerinnen und Bürgern, aber auch zahlreichen Kantonsratsmitgliedern, aus dem Herzen gesprochen. Nach dem medialen Schlagabtausch zwischen Luzern und Bern steht die Öffentlichkeit nun aber trotzdem etwas ratlos da. Es stehen zwei sich teilweise widersprechende Tatsachenfeststellungen gegenüber, insbesondere zur Praxis von Asylgesuchen aus Eritrea. Dabei hat gerade diese Thematik bei der Bevölkerung eine hohe Brisanz, und es geht dabei nicht zuletzt auch um die Akzeptanz der Schweizer Asyl- und Flüchtlingspolitik in der Bevölkerung.

Aus diesen Gründen bitten wir den Regierungsrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Weshalb wählte die Luzerner Regierung den eher unüblichen Weg eines Briefs an Bundespräsidentin Simonetta Sommaruga, und weshalb veröffentlichte sie diesen?
2. Hat der Luzerner Regierungsrat seine Forderungen auch bereits früher an anderen Stellen deponiert?
3. Welches sind die genauen Gründe, welche gemäss Luzerner Regierung für eine Änderung/Anpassung der Praxis von Asylgesuchen aus Eritrea sprechen?
4. Hat der Luzerner Regierungsrat weitere Fakten zu diesem Thema, die bisher in der Diskussion nicht zum Zuge kamen?
5. Was gedenkt der Regierungsrat, in dieser Angelegenheit weiter zu unternehmen?

Peyer Ludwig namens der CVP-Fraktion
Andreas Moser namens der FDP-Fraktion